

China sichert sich mehr Macht in Hongkong

EU droht Peking mit Maßnahmen bei Verstößen gegen Menschenrechte.

PEKING. Die EU kritisiert den von China angekündigten Umbau des Wahlsystems in Hongkong. „Solch eine Reform würde potenziell weitreichende negative Konsequenzen für demokratische Prinzipien und demokratisch gewählte Vertreter in Hongkong haben“, hieß es in einer Erklärung. Mit dem Vorhaben würden zudem getroffene Zusagen nicht eingehalten, wonach der halbautonome Status der ehemaligen britischen Kronkolonie gewahrt bleiben soll. „Die EU steht bereit, zusätzliche Schritte zu ergreifen als Reaktion auf eine weitere ernsthafte Verschlechterung der politischen Freiheiten und Menschenrechte in Hongkong, die gegen Chinas nationale und internationale Verpflichtungen verstoßen würde.“

Die chinesische Führung hatte zuvor auf dem am Freitag begonnenen Nationalen Volkskongress Pläne für einen drastischen Umbau des Hongkonger Wahlsystems vorgestellt. Diese laufen darauf hinaus, dass sich Peking noch mehr Einfluss bei der Besetzung der Regierungsspitze in Hongkong sichert und die Demokratiebewegung weiter zurückgedrängt wird. Hongkong war ursprünglich bei der Übergabe an China 1997 eine gewisse Autonomie nach dem Prinzip „ein Land – zwei Systeme“ zugesagt worden.

China plant zudem eine Investitionsoffensive. In den kommenden fünf Jahren sollen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung um jeweils mehr als sieben Prozent jährlich hochgefahren werden. Das schrieb die Regierung in einem Arbeitsbericht für den 13. Nationalen Volkskongress. Allein in diesem Jahr sollen etwa die Investitionen in Grundlagenforschung um 10,6 Prozent hochgefahren werden. Damit will die kommunistische Führung im technologischen Wettbewerb mit den USA bestehen. Unter anderem sollen der Bau von Elektrofahrzeugen und der neue Mobilfunkstandards 5G vorangetrieben werden. (rtr)

Zitat des Tages

„Jetzt ist es an der Zeit für Zugang, Gleichheit und Solidarität.“

Desmond Tutu, früherer Erzbischof von Kapstadt

Foto: AFP/Rodger Bosch

Kurz berichtet

Kranke Spezialeinheiten

CALW. Der Krankenstand im Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr ist nach den Extremismus-Vorfällen und der öffentlichen Debatte über den Zustand der Einheit hoch. „Rund 100 der circa 1600 Angehörigen des Verbandes bekommen zurzeit Unterstützung. Diese reicht vom Gespräch mit dem Standortpfarrer bis zur klinischen Behandlung“, sagte ein Sprecher des Heeres. „Hier spielen Ängste um die Auflösung des Standortes und Anfeindungen aus dem zivilen und privatem Umfeld eine Rolle.“ (dpa)

Rettungskräfte in Gefahr

MANDALAY. Bei Protesten gegen den Militärputsch in Myanmar hat die Polizei erneut auf Demonstranten geschossen und dabei mindestens einen Menschen getötet. Der junge Mann wurde nach Angaben von Augenzeugen am Freitag in der Stadt Mandalay in den Hals getroffen und erlag kurz darauf seinen Verletzungen. Dem Roten Kreuz zufolge wurden auch Rettungskräfte verletzt. Zuvor waren wieder zahlreiche Menschen aus Protest gegen die Junta friedlich auf die Straßen gegangen. Seit das Militär gepusht und die Zivilregierung abgesetzt hat, ist das Land in Aufruhr. Der UN-Sicherheitsrat wollte sich mit der Entwicklung in Myanmar befassen. (rtr)

Bürgernummer kommt

BERLIN. Die Steueridentifikationsnummer wird zu einer Art Bürgernummer, die einer Behörde den Zugriff auf Personendaten anderer Behörden erlaubt. Allerdings nur dann, wenn der Betroffene dem zustimmt. Das hat der Bundestag beschlossen. Das Gesetz war zuvor bei Datenschützern und der Opposition auf Kritik gestoßen. Es soll durch die zweifelsfreie Identifikation der Bürger bürokratischen Aufwand reduzieren. (dpa)

Der Trend zeichnet sich seit Monaten ab: Nachdem im vergangenen Jahr eine überwältigende Mehrheit hinter den Corona-Maßnahmen stand, schwindet der Rückhalt, schwindet die Geduld der Bevölkerung mit dem Krisenmanagement. Das ist nachvollziehbar: Nach der ungeliebten Corona-App und dem verschleppten Lockdown im Herbst folgte der verkorkste Impfstoff und nun die bange Frage, wann die versprochenen Schnelltests denn nun wirklich kommen, die ein wenig mehr Freiheit verheißten.

Noch wird das Krisenmanagement der Landesregierung überwiegend positiv bewertet. Doch eine gemeinsame Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen zeigt auch: Mit 54 Prozent Unterstützung ist man weit entfernt von einer komfortablen Mehrheit. Im Gegenteil.

Wenn die Stimmung ernsthaft kippte, wäre das verheerend. Denn die Regierenden wirken schon jetzt wie Getriebene. Auf der einen Seite eine mögliche von Mutationen getriebene dritte Welle, auf der anderen Seite die Folgeschäden bei Einzelhandel, Gastronomie, Hotellerie, Kulturschaffenden und anderen Branchen und der Ruf nach Lockerungen.

Noch vor wenigen Wochen wurde die Devise „vor die Lage kommen“ ausgegeben. Doch zu spüren war davon wenig, als die

Leitartikel

Die Landesregierung muss jetzt liefern

Eine Umfrage der Tageszeitungen im Land zeigt, dass die Geduld schwindet. Das war zu erwarten.

VON ANNIKA GRAH



Mutationen – wie zu erwarten war – an Fahrt aufnehmen. Sicher – im Lockdown sind die Handlungsoptionen begrenzt. Doch ganz ohne Handlungsspielraum sind die Regierenden dann eben auch nicht.

Das zeigen die Probleme, die die Bevölkerung am drängendsten empfinden: Die Regierenden sollen endlich liefern – und zwar jeder in seinem Bereich: Die Kultusministerin beim Digitalunterricht, der Bund bei der Auszahlung von Wirtschaftshilfen, das Land bei der Vergabe von Impfterminen und überhaupt die Verwal-

tung bei der Erreichbarkeit von Ämtern und Behörden.

Die gute Nachricht: Im zentralen Herzstück des Pandemie-Managements, der Gesundheitsversorgung, sieht nur etwa ein Drittel ein Problem, ebenso wie in der Betreuung in der Kinderbetreuungseinrichtung. Es gibt also durchaus Bereiche, in denen der Regierungskurs nach Meinung der Bevölkerung in die richtige Richtung ging.

Doch was zum Grummeln in der Bevölkerung beiträgt: Fast drei Viertel der

Unzufriedenen fühlen sich zudem noch ohnmächtig und sehen niemanden, an den sie sich mit Kritik und Anregungen wenden könnten. Für eine Regierung, die die „Politik des Gehörtwerdens“ einführte, deren Beteiligungsportal für Kritik jederzeit offensteht und die eigens ein Coronabürgerforum mit sogenannten „Zufallsbürgern“ ins Leben rief, ein verheerendes Zeugnis: Was bringt die offene Tür, wenn niemand sie findet?

Nein, es ist kein gutes Zeugnis, das der noch amtierenden Landesregierung da ausgestellt wird. Sicher – für nicht alles ist das Land zuständig. Doch etwas mehr Pragmatismus, etwas mehr Aktionismus, etwas weniger Abwarten und Mit-dem-Finger-auf-andere-zeigen würden helfen.

Und umso wichtiger wäre es, dass nun den Worten die angekündigten Taten folgen und Versprechen schnell eingelöst werden – etwa die von Schnelltests oder vom Impfen – und nicht erneut an bürokratischen Hürden scheitern. Das sei jetzt alles keine ferne Zukunftsmusik mehr, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann am Freitag im Landtag. Es wäre nur zu gut, wenn er recht behielte. Denn es wäre verheerend, wenn mit der Coronakrise das Vertrauen in die Regierung und damit auch in die Demokratie Schaden nähme.

annika.grah@stuttgarter-nachrichten.de

Kommentar

Die Atomkraft ist abgeschrieben

Staat und Energiekonzerne haben ihren Streit beigelegt. Richtig so!

VON THORSTEN KNUF

In wenigen Tagen jährt sich zum zehnten Mal die Nuklearkatastrophe von Fukushima. Die Vorgänge in Japan ebneten den Weg für den Atomausstieg in Deutschland. Jetzt machen sich Bundesregierung und Stromkonzerne daran, die letzten politischen Altlasten dieser Beschlüsse zu beseitigen: Der Staat zahlt den vier Kraftwerksbetreibern EnBW, Eon, RWE und Vattenfall insgesamt rund 2,4 Milliarden Euro. Im Gegenzug ziehen die Unternehmen sämtliche Klagen zurück.

Es mag Zufall sein, dass die Einigung kurz vor dem Fukushima-Jahrestag kommt. Unabhängig davon ist das ein guter Zeitpunkt, um Rechtsfrieden herzustellen und nach vorn zu blicken. Der Staat hat das Gefühl, bei dem Deal recht günstig wegzukommen. Die Unternehmen wiederum haben Besseres zu tun, als die Kämpfe fortzusetzen.

Die letzten Meiler sollen bis Ende 2022 vom Netz gehen. Danach beginnt die lange, kostspielige Phase des Rückbaus. Alle Stromkonzerne haben sich inzwischen der Energiewende verschrieben. Es gibt hierzulande aber immer noch Leute, die von einer Renaissance der Atomkraft träumen. Das jedoch ist eine Illusion: Ein heimisches Unternehmen, das bereit wäre, noch einmal in diese Technologie zu investieren, ist nicht in Sicht.

thorsten.knuf@stzn.de

Atomausstieg jetzt endgültig

Der Bund und die Energiekonzerne haben sich darauf geeinigt, dass alle Streitigkeiten über den Atomstrom beendet werden. Die Unternehmen erhalten eine Milliarden-Entschädigung.

VON THORSTEN KNUF

BERLIN. Zehn Jahre nach der Nuklear-Katastrophe von Fukushima beenden der Bund und die vier größten deutschen Stromkonzerne die juristische Auseinandersetzung über den deutschen Atomausstieg. Wie die Bundesregierung mitteilte, hat sie sich mit den Unternehmen EnBW, Eon, RWE und Vattenfall auf eine Regelung aller offenen Entschädigungsfragen verständigt.

Demnach erhalten die Konzerne insgesamt rund 2,4 Milliarden Euro Ausgleich für entgangene Gewinne und getätigte Investitionen. Im Gegenzug erklären sie sich bereit, alle Klagen im Zusammenhang mit dem Atomausstieg zurückzuziehen. Dazu gehört auch die des Vattenfall-Konzerns vor dem internationalen Schiedsgericht für Investitionsstreitigkeiten. Allein hier ging es nach Regierungsangaben zuletzt um einen Betrag von bis zu 6,7 Milliarden Euro.

Noch sechs Meiler sind in Deutschland in Betrieb.

Die Unternehmen verpflichten sich überdies, keine neuen Verfahren anzustrengen. Aufseiten der Bundesregierung waren an den Geheimverhandlungen die Ministerien für Umwelt, Wirtschaft und Finanzen beteiligt. Umwelt-Staatssekretär Jochen Flasbarth sagte: „Die Einigung ist zu einem Preis gelungen, der deutlich unter den Vorstellungen der Unternehmen liegt, auch deutlich unter der Summe, die vor dem Schiedsgericht in Washington im Raum stand.“ Das sei aus seiner Sicht darauf zurückzuführen, dass die deutsche Energiewirtschaft inzwischen auf die Erneuerbaren ausgerichtet sei. Die Konzerne hätten strategisch mit der alten Strom-Welt abgeschlossen und deshalb ein Interesse an einer Einigung gehabt.

Deutschland hatte 2011 unter dem Eindruck der Nuklear-Katastrophe im japanischen Fukushima endgültig den Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen – und das, obwohl die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung erst kurz zuvor den rot-grünen Ausstiegsbeschluss rückgängig gemacht und den Kraftwerksbetreibern längere Laufzei-

Kernenergie in Deutschland

Standorte von Atomkraftwerken in Deutschland, die abgeschaltet sind oder in den kommenden beiden Jahren abgeschaltet werden

Bereits abgeschaltet

- 1 Biblis A/B (RWE)
- 2 Neckarwestheim 1 (EnBW)
- 3 Brunsbüttel (Vattenfall/E.ON)
- 4 Isar 1 (E.ON)
- 5 Unterweser (E.ON)
- 6 Philippsburg 1/2 (EnBW)
- 7 Krümmel (Vattenfall/E.ON)
- 8 Grafenrheinfeld (E.ON)
- 9 Gundremmingen B (RWE/E.ON)

Abgeschaltet bis Ende ...

... 2021

- 10 Grohnde (E.ON/SWB*)
- 11 Gundremmingen C (RWE/E.ON)
- 12 Brokdorf (E.ON/Vattenfall)

... 2022

- 13 Isar 2 (E.ON/SWM**)
- 14 Emsland (RWE/E.ON)
- 15 Neckarwestheim 2 (EnBW)

Grafik: Lange

*Stadtwerke Bielefeld

**Stadtwerke München

Quelle: AFP



ten zugesichert hatte. Durch die Kehrtwende mit festen, vorgezogenen Abschaltterminen entstand den Unternehmen ein Schaden. Zum Teil konnten sie ursprünglich zugesicherte Reststrommengen nicht mehr produzieren oder veräußern. Drei Unternehmen, darunter die EnBW, hatten überdies im Vertrauen auf die Laufzeitverlängerung beträchtliche Mittel in ihre Anlagen gesteckt.

In Deutschland sind zurzeit noch sechs Atomkraftwerke in Betrieb. Die letzten verbliebenen Meiler sollen bis Ende 2022 vom

Netz gehen. Zu den Kraftwerken, die noch Strom produzieren, gehören die EnBW-Anlage Neckarwestheim 2 sowie der Block Gundremmingen C nordöstlich von Ulm. Die Gesellschafter hier sind RWE und Eon.

Von der vereinbarten Ausgleichszahlung des Bundes an die Kraftwerksbetreiber in Höhe von 2,428 Milliarden Euro sollen 1,425 Milliarden an Vattenfall gehen. RWE erhält 880 Millionen, EnBW 80 Millionen und Eon 42,5 Millionen. Geplant ist eine weitere Änderung des Atomgesetzes, um die Entschädi-

gungszahlungen gesetzlich abzusichern. Auch die Wettbewerbsbehörden der Europäischen Kommission müssen der Vereinbarung noch zustimmen.

Die Unternehmen selbst bestätigten die Grundsatzvereinbarung mit der Bundesregierung am Freitag. Der Karlsruher Energiekonzern EnBW teilte unserer Zeitung mit: „Wir sehen in der Verständigung einen vernünftigen Kompromiss, mit dem ein weiterer Aspekt des Kernenergieausstiegs nun sinnvoll gelöst werden kann.“

Geheimdienst darf AfD nicht beobachten

Richter: Verfassungsschutz hat sich nicht an Regeln gehalten.

KÖLN. Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf die AfD bis zum Abschluss eines Eilverfahrens vor dem Kölner Verwaltungsgericht nicht als rechtsextremistischen Verdachtsfall einstufen und beobachten. Das Bundesamt hatte die Verfassungsschützer der Länder diese Woche intern über eine Hochstufung der Partei zum Verdachtsfall informiert. Das Kölner Verwaltungsgericht teilte zu seiner Entscheidung mit, dass es einem Antrag der AfD stattgegeben habe. Zu Begründung erklärte es, es „werde in unverbreitbarer Weise“ in die Chancengleichheit politischer Parteien eingegriffen.

„Alles“ spreche dafür, dass sich das Bundesamt für Verfassungsschutz nicht an seine sogenannte „Stillhaltezusagen“ gehalten beziehungsweise nicht „hinreichend dafür Sorge getragen“ habe, dass keine Informationen zu dem Verfahren nach außen dringen, teilte das Gericht mit. Der Verfassungsschutz hatte in dem Verfahren zuvor zugesagt, sich bis zum Abschluss des Eilverfahrens vor dem Verwaltungsgericht nicht öffentlich zu einer Einstufung zu äußern und auf die Beobachtung der AfD zu verzichten.

Die AfD hat sich erfreut über die Entscheidung des Gerichts gezeigt. Diese sei nicht nur ein „großer Sieg für uns, sondern auch für den Rechtsstaat“, erklärte Parteichef Jörg Meuthen. In der rechtsgerichteten Zeitschrift „Junge Freiheit“ forderte er den Verfassungsschutz-Präsidenten Thomas Haldenwang sogar zum Rücktritt auf.

Anders sieht es Thorsten Frei, stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion. „Mit der heutigen Entscheidung des Kölner Verwaltungsgerichts ist noch keine Entscheidung in der Sache ergangen“, sagte Frei unserer Zeitung. Wenn die AfD die Meldung bereits als Freispruch feiere, gehe das „an der Wirklichkeit vorbei“. (dpa/AFP/nwa)

Die Tomicek-Karikatur



Frag doch mal die Maus.